

# Merseburger Correspondent.

Erstausg.  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Samstag früh 7 1/2 Uhr.  
Expedition: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:  
Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark  
25 Pfg. durch die Post.

No. 56.

Mittwoch den 19. März.

1890.

## \*\* Bismarck und Windthorst.

Wenn Fürst Bismarck und Dr. Windthorst, wie erzählt und fast allgemein geglaubt wird, in letzter Woche Besprechungen miteinander gehabt haben, so ist das nicht so sehr verwunderlich. Beide sind außerordentlich gewandte politische Geschäftsleute, beide sind weit entfernt davon, sich auf politische Grundzüge zu verlassen. Fürst Bismarck hat eine Zeit lang „liberal“ regiert, als er dies zur Erzielung seiner Endzwecke für erforderlich hielt, und er hat noch lieber „konservativ“ regiert, und am liebsten regiert er wohl immer autoritativ. Er ist Freihändler und Schutzzöllner gewesen, er hat gesagt: „nach Kanossa gehen wir nicht“ und ist dann doch nach Kanossa gegangen und hat den Papst zum internationalen Schiedsrichter gemacht, was seit 300 Jahren selbst keinem katholischen Staate eingefallen war u. s. w. Und wenn man Dr. Windthorst hört, so ist das Centrum eigentlich die allernationalistische und die allein richtig konservative Partei, und das es dabei auch die rechte Partei der Mitte ist, befragt schon sein Name. Beide Staatsmänner zählen, um einen Hauptzweck zu erreichen, auch hohe Preise, wenn dies durchaus erforderlich ist; am liebsten aber zahlen sie beide möglichst wenig und nehmen möglichst viel. Sie suchen die, mit denen sie unterhandeln, mit schönen Hoffnungen abzuspeisen und selber die reellen Vorteile einzukassieren. Jeder von ihnen möchte am liebsten aufstehen sein. Welch ein weites Feld öffnet sich da zu interessanten Verhandlungen. Wenn die Freisinnigen selbst die Stärke erreicht hätten, welche das Centrum heute inne hat, so würde es für den Herrn Reichskanzler gar keinen Zweck haben, mit ihren Führern Handelsgeschäfte anzuknüpfen. Denn die Freisinnigen lassen sich auf keine Geschäfte nicht ein, sie fassen ihre Beschlüsse nach politischen Grundzügen. Was diesen ihren Grundzügen entspricht, was sie daher als dem Lande heilsam erachten, dem stimmen sie zu und beauftragen dafür keinerlei Gegenseiten. Und sie würden z. B. einer Beschränkung der Rechte des Volkes, wie sie in der Verlängerung der Legislaturperiode liegt, einer Vorlage wie dem neuen Brennweinsteuergesetz mit der 40 Millionen Liebesgabe für die Beannweinebrenner oder einer Besteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse der großen Masse des Volkes nicht zustimmen, auch wenn ihnen die Erfüllung anderer ihrer Wünsche oder gar Oberpräsidentenposten angeboten würden. Das weiß der Herr Reichskanzler sehr genau, was hätte er da Veranlassung mit Führern der Partei, die so wenig diplomatische Fähigkeiten hat, zu konferieren! Deshalb die Partei, der seine Offizien hundert Mal alles „Nationale“ abgeprochen haben, in wirklich nationalen Fragen niemals im Stich lassen würde, davon ist er gewiss fest überzeugt.

Die Bedeutung der Konferenzen, wenn solche wirklich stattgefunden haben, wird sicher sehr überschätzt. Nur nicht grandlich machen lassen! Fürst Bismarck sowohl wie Dr. Windthorst sind heute doch nicht so unumschränkte Herrscher über die Staatsgewalt und über eine Weiderei im Reichstage, wie man es sich vielfach vorzustellen scheint. Beide haben nach verschiedenen Seiten hin große Rücksicht zu nehmen, und keiner der beiden alten Gegner wird sich dem andern gegenüber die Hände binden, um so weniger, da jeder von ihnen des anderen Schwäche kennt. Man wird sich füglich gegenseitig vielleicht äußerlich etwas freundlich behandeln als bisher, man wird sich gegenseitig kleine Freundschaften erweisen, der Führer des Centrums wird vielleicht manches schöne Wort sagen, um sich der Regierung angenehm zu machen, aber zu festen Abmachungen wird es schwerlich kommen. Die Nationalliberalen werden freilich die schwärzesten liberal-konservativen Schreckensbilder an die Wand, nachdem sie Sünder und einer Anzahl anderer orthodoxen Konservativen durch ihre Stimmen abtrüben zu einem Sitz im Reichstage verholfen haben. Die „Köln. Jtg.“ droht

so gar, daß die Nationalliberalen dem Fürsten Bismarck Opposition machen würden, wenn er mit Windthorst ginge. Der Reichskanzler wird darüber lächeln. Nachdem die Nationalliberalen durch eigene Schuld so weit heruntergekommen, sind sie ohne allen Einfluß. Wer es verlernt hat, Überfland zu leisten, der vermag auch nicht mehr zu fügen. Fürst Bismarck rechnet aber nur mit denen, welche wirklich eine Macht repräsentieren.

## Politische Uebersicht.

Zur Arbeiter-Schutzkonferenz in Berlin meldet die „Kraja.“, daß als erster Gegenstand der Beratung am Montag die Sonntagsruhe auf die Tagesordnung gesetzt sei. Die Regelung der Arbeit in den Bergwerken soll, soweit es die Generaldiscussion betrifft, an letzter Stelle beachtet werden. Nach der „Post“ besteht die Absicht, zunächst Ausschüsse zu bilden, welche die einzelnen Punkte des Programms zu beachten hätten; die Resultate ihrer Arbeit würden dann dem Plenum als Unterlage dienen. Möglicherweise würde schon am Montag eine Pause eintreten. Die französische Delegation hielt am Sonntag Vormittag im Kaiserhof eine eingehende Beratung. Die Oesterreicher hatten schon Tags zuvor in der Wohnung Dr. Nizetkas abends 6 Uhr eine längere Konferenz. Der Kaiser hat angeordnet, daß ihm stets sofort über jede Sitzung Bericht erstattet werden soll. Am Dienstag Nachmittag werden die Delegierten der Konferenz vom Kaiser empfangen. An den Empfang schließt sich eine Prunkafest. Die Konferenzmitglieder sollen auch zu den bevorstehenden größeren Hoffesten hinzugezogen werden. Für Sonnabend Abend hatte der Handelsminister von Verlesch sämtliche Mitglieder der Konferenz zwecks persönlicher Näherung zu einer geselligen Vereinigung im Hotel de Rome eingeladen.

Das neue ungarische Cabinet hat sich am Montag dem Parlament vorgestellt. Ministerpräsident Graf Szapary entwickelte das Programm der Regierung, welche stets auf dem Ausgleichsprogramm von 1867 bestehe; sie halte fest an der seit dem Jahre 1878 befolgten äußeren Politik und an der Tripelallianz, was nicht allein im Interesse Oesterreich-Ungarns, sondern auch aller beherrschten Mächte liege, sie erstrebe die Entwicklung des hergebrachten Gleichgewichts, eine rationelle volkswirtschaftliche Politik, die Einführung staatlicher Administration und die Aufrechterhaltung des geselligen Verhältnisses mit Kroatien. Ministerpräsident Graf Szapary erklärte, das Infolatsgesetz zu modifizieren, sei durch die veränderten Verhältnisse notwendig, er betone die strenge Beobachtung der liberalen Politik, gehütet auf die gegenwärtige Majorität. — Nach Berichten des Lemberger Hilfsausschusses für den Nothstand der galizischen Landbevölkerung sind, wie man der „Post. Jtg.“ schreibt, zahlreiche Gemeinden verschiedener Bezirke dem Hunger vollständig preisgegeben. Die größte Noth herrscht auffälligerweise in den Gegenden, wo sich die Commisgüter polnischer Magnaten befinden. Im Bezirke Buzag sind mehr als 10 000 Menschen nothleidend. In einigen Gemeinden ist seit längerer Zeit kein Brot vorhanden; das einzige Nahrungsmittel bilden Kartoffeln.

Das neue französische Cabinet ist nach einer Wollfischen Meldung vom Montag bereits gebildet und zwar in folgender Besetzung: Freycinet, Constans, Bourgeois und Fallières, die Hauptstützen des Cabinets, hielten am Montag Vormittag im Ministerium des Auswärtigen eine Konferenz behufs Verständigung über die Anwendung des Schulgesetzes und des französisch-türkischen

Handelsvertrages von 1802. Dieser Vertrag wird aufrecht erhalten werden; bezüglich der 1892 abgelaufenen Handelsverträge soll der Kammer Freiheit der Action vorbehalten werden. — Das „Journal des Debats“ ist mit der Berufung Freycinet's zur Cabinetbildung sehr unzufrieden, weil dessen Programm lediglich in Nachgiebigkeit gegen die Radikalen bestehen würde und spricht von „bevorstehenden Katastrophen“. — Die Erklärung der Regierung, welche am Dienstag in der Kammer verlesen wird, soll ausführen: Was die Schulgesetze betrifft, so werde das Cabinet erklären, daß dieselben als solche befolgt, aber progressiv angewendet würden, ohne die religiösen Gefühle der Bevölkerung zu verletzen. Das von Rouvier eingebrachte Budget würde in seiner Gesamtheit aufrecht erhalten werden, namentlich was die Consolidierung der Obligationen mit 6jähriger Umlaufzeit, die Zuschlagsteuer zu Alkohol und die Wiedereinführung des außerordentlichen Budgets in das ordentliche Budget betrafte. Bezüglich des französisch-türkischen Vertrages von 1802 wird die Erklärung, ohne zu verlangen, daß das Parlament auf die neuerliche Abstimmung zurückkomme, dahin gehen, daß das Cabinet sich verpflichtet, dem Lande die Freiheit seiner Action für 1892 zu bewahren. Schließlich wird das neue Cabinet, indem es das letzte Militärgesetz in vollem Umfange aufrecht erhält, ein Mittel der Anwendung suchen, welches die höheren Stadien und den Beruf der Geistlichen nicht unterdrückt und den Subsidien gewisser Fächer die Möglichkeit giebt, den Militärdienst mit 18 Jahren zu beginnen.

Einem am Montag aus Mozambique nach London gelangten Gerichte zufolge hätte der Stellvertreter des britischen Consuls in Mosambik, Buchanan, am Schiffe die englische Flagge gehißt, und zu Ehren derselben darauf den üblichen Salut abgeben lassen. — Aus Liverpool, 17. März, wird berichtet: Die heutige große Versammlung der freien Arbeiter verlief außerordentlich stürmisch. Den Arbeitern rief man zu: „Niemand soll arbeiten, während andere Hunger leiden!“ Ein vorüberfahrender Getreidewagen wurde gekümt, und das Getreide auf der Straße zerstreut. Der Küster des Wagens erhielt im Handgemenge einen Messerstich. Mehrere andere Personen wurden durch Fußtritte schwer verletzt, die Polizisten bei ihrem Eintreten mit Steinen geworfen. Derselben Behörde schließlich die Menge. Die städtischen Behörden stellten unter dem Vorhitz des Bürgermeisters eine Sitzung, in welcher die Situation beraten und die Belegung von 500 Soldaten von Preston hierher beantragt wurde.

Prinz Ferdinand von Bulgarien und seine Mutter, die Prinzessin Clementine, sind Sonntag mit zahlreichem Gefolge nach Philippopol abgereist. Der Antritt dieser schon seit längerer Zeit geplanten Reise läßt vermuten, daß die Paniga-Verchwörung keinerlei Anlaß mehr zu Beunruhigungen der bulgarischen Regierung bilde.

Auf Kreeta erfaßt der Gouverneur Schakir Pascha mit anerkenntnismäßigem Eifer seine Aufgabe und sucht in einer der Geduld abgesehenen Weise die Eintracht unter der Bevölkerung wiederherzustellen. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau's“ soll er große Anstrengungen machen, die Christen Kreeta zu bewegen, eine Deputation einzuschicken, in welcher sie die Gnade des Sultans erbitten sollten. Ob Schakir Pascha mit seinen humanen Bestrebungen einen dauernden Erfolg erzielen wird, ist freilich eine andere Frage.

König Menelik hat, wie „Capitan Fracassa“ meldet, die italienische Regierung ersucht, Abbestimmten auf dem Brüsseler Antislaverei-Congress durch eigenen Delegirten vertreten zu lassen. Menelik will damit seine erste Absicht betheiligen, dem den Sklavenshandel verbietenden italienisch-äthiopischen Vertrage nachzukommen.

Zur Lage in Dahomey theilt das Pariser „Memorial diplomatique“ mit, der französische Bot

schafter in London, Waddington, hätte dem englischen Premierminister Salisbury auf eine Anfrage bezüglich des Vorgehens Frankreichs in Dahomey erklärt, Frankreich beabsichtige nicht die Annexion Dahomey's, insofern könnten die Uebelthaten des neuen Königs von Dahomey nicht gebuldet werden.

### Deutschland.

Berlin, 18. März. Der Kaiser unternahm gestern Vormittag eine Ausfahrt und demnächst mit dem mecklenburgischen Staatsminister v. Bülow einen Spaziergang in den Anlagen des Thiergartens. Auf der Rückfahrt kassierte Sr. Maj. dem vorgesehnen in Berlin eingetroffenen Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha einen Besuch ab und empfing dann später den Besuch des Großherzogs von Baden. Nach Aufhebung der gestrigen Mittags-tafel begab sich der Kaiser zu dem um 2 1/2 Uhr stattfindenden Kritik der tatsächlichen Arbeiten nach dem Großen Generalstab.

(Fürst Bismarck und Windthorst.) Die „Germania“ citirt eine Reihe von Presäußerungen über die Besprechungen des Herrn Windthorst mit dem Reichskanzler, um daran die Mahnung zu schließen, bezüglich der innern Lage ruhig der Entwicklung der Dinge entgegenzusehen, und die Reserve zu versehen, welche „wir“ in der Germania aus aufzulegen. Der Reichskanzler scheint eine solche Reserve für überflüssig zu halten, er läßt offiziell erklären, Herr Windthorst sei nur einmal und auf seinen, Windthorst's Wunsch bei ihm gewesen, woraus man schließen soll, daß diese Unterredung eine tatsächliche Bedeutung nicht gehabt hat. Gleichzeitig veröffentlicht die „Konservative Correspondenz“ einen autorisirten Artikel, in dem für den Fortbestand des Kartells plädiert und bezüglich der Lockungen des Centrums bemerkt wird: „Wir halten es für ausgeschlossen, daß die konservative Partei die Zustimmung des Centrums zu Bewilligungen auf militärischem oder sonstigen Gebieten durch Conzessionen auf dem Gebiet des Schulwesens oder der Lebensfrage erkaufte. Die Zustimmung, sich an einem solchen Handel zu beteiligen, wird die konservative Partei zurückweisen, gleichviel, von welcher Stelle dieselbe an sie herangetragen sollte.“

(Prof. Schottmüller) hat nach der „Köln. Volksztg.“ am Donnerstag eine Privataudienz beim Papst gehabt, dem er Aufträge des Kaisers überbracht haben soll.

(Kaiserlicher Besuch.) Seit Sonntag weilte in Berlin Mehemed Sabri, der erste Adjutant des Sultans Abd-ul-Hamid. Derselbe ist sicherem Bernehmen nach Träger einer geheimen Mission, die sich auf die Ausrüstung der ottomanischen Armee mit dem Mausergewehr bezieht. Wie gerücheweise verlautet, war die hohe Hofpartei nicht in der Lage, die anfänglich vereinbarten Zahlungsbedingungen einzuhalten, wodurch in den Lieferungen Störungen veranlaßt wurden.

(Aufscheinend offiziell) wird aus Berlin gemeldet: Die von hiesigen Blättern nach dem „Egitaro“ gebrachte Nachricht, der Kaiser habe eine Unterredung mit Herrn Windthorst gehabt, ist erfunnen; ebenso ist die Mitteilung einer Berliner Zeitung, daß Herr Windthorst dem Herrn Reichskanzler am 15. d. einen zweiten Besuch gemacht hätte, aus der Luft gegriffen. Der genannte Abgeordnete ist nur einmal auf sein Ansuchen vom Fürsten Bismarck empfangen worden.

(Der „Reichsanzeiger“) veröffentlicht die viel besprochene Novelle zum Patentrecht, nachdem dieselbe in den letzten Tagen vom Reichskanzler den Bundesregierungen vorgelegt worden ist.

(Der Gewerbegerichtsentwurf) ist im Plenum des Bundesraths in mehreren Beziehungen abgeändert worden. Nach dem Entwurf der Ausschüsse konnte die Landescentralbehörde gegen den Willen der Communalbehörde Gewerbegerichte nur einführen auf Antrag beteiligter Arbeitgeber oder Arbeiter. Dieser Einschränkung hat nun der Bundesrath die Befugniß der Landescentralbehörde entzogen, soweit es sich um die Errichtung von Gewerbegerichten handelt, deren Zuständigkeit auf Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebene Brüche und Gruben bezw. auf die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern auf denselben handelt. Die Landescentralbehörde kann hier also ohne Weiteres eingreifen und die Errichtung von Gewerbegerichten anordnen. Während bei den Gewerbegerichten im Allgemeinen der Entwurf bezüglich der höheren Verwaltungsbehörde anordnet, steht er nunmehr bezüglich der vorher bezeichneten Gewerbegerichte deren Ernennung durch die Landescentralbehörde bezw. durch die von dieser damit beauftragte Behörde vor. Entsprechend der Befugniß der Landescentralbehörde zur Errichtung dieser Gewerbegerichte ist außerdem bestimmt, daß die Kosten der letzteren, soweit sie nicht in eigenen Einnahmen ihre Deckung

finden, vom Staat getragen werden. In dem von den Ausschüssen ausgearbeiteten Entwurf ist ferner vorgeschrieben, daß der Gewerbegerichts-Vorsitzende, sowie dessen Stellvertreter weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein dürfen, daß dagegen die Befugniß zur Hälfte aus den Arbeitgebern, zur Hälfte aus den Arbeitern entnommen sein müssen. Um Mißverständnisse nach beiden Richtungen auszuschließen, hat der Bundesrath diesen Vorschriften noch hinzugefügt, daß durch Anordnung der Landescentralbehörden bestimmt werden solle, inwieweit den Arbeitgebern hierbei die mit der Leitung eines Betriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbstständigen Gewerbetreibenden gleichgestellt.

(Bezüglich des Contractbruchs ländlicher Arbeiter) hat in der Justizcommission des Abgeordnetenhauses anlässlich der Petition einiger landwirtschaftlicher Kreisvereine der Commissar des Justizministeriums eine Erklärung abgegeben, in welcher er ausführte, daß die Frage des Contractbruchs ländlicher Arbeiter bereits Gegenstand eingehender Prüfung der Staatsregierung gewesen sei. Es sind im vergangenen Jahre umfassende Erhebungen über den Umfang erfolgt, den diese Uebelstände in Preußen erreicht haben. Auf Grund der eingegangenen Berichte haben die Minister für Landwirtschaft, des Innern und der Justiz Mittheilungen über ihre Auffassung der Bedürfnisfrage und über die geeigneten erscheinenden Mittel und Maßnahmen zur Befämpfung des Contractbruchs vor Kurzem an das Staatsministerium gelangen lassen. Die Beschlußfassung des Staatsministeriums steht noch aus. Der Commissar des landwirtschaftlichen Ministeriums schloß sich dieser Erklärung an.

(Aus Bayern.) Die Uebereinstimmung zwischen Bischöfen und Regierung in Bayern, welche durch den Beschluß der Anschläge der bayerischen Regierung in Bezug auf die Altkatholiken erfolgt ist, wie jetzt in den Münchener „Neuest. Nachr.“ wie folgt constatirt: „Wie wir von zuverlässiger Quelle erfahren, ist zwischen dem Ordinariate und der kgl. Staatsregierung auf Grund der gewechselten Schriftstücke, die wir an anderer Stelle mittheilen, in der Altkatholikenfrage eine vollkommene Uebereinstimmung erzielt worden, welcher sich auch die übrigen Bischöfe anschließen werden. Wenn auch in der Frage der Unschärfe theoretisch die Regierung die Wahrung des Plazets vollkommen aufrecht erhalten und das Ordinariat seinen gegenseitigen Standpunkt gleichfalls beibehalten, ist der Friede doch durch die Wegschaffung der aktuellen Frage erzielt worden.“ — Der altkatholische Ausschuss in München hat in Folge der ministeriellen Erklärung die sofortige Einstellung aller gottesdienstlichen Verrichtungen und Cultushandlungen beschlossen. In den nächsten Tagen, vielleicht am Mittwoch, wird eine größere Versammlung zur Verathung der Lage abgehalten.

(Zur Colonialpolitik.) Aus Deutsch-Ostafrika wird der „Times“ gemeldet, die nach Usambara unter Schmidt entsandte deutsche Expedition sei erfolgreich zurückgekehrt. Die Hauptlinge Simboja und Kimweri hätten volle Entschädigung für die dem Afrikareisenden Dr. Meyer gelegentlich des Aufstehens zugefügten Verluste geleistet. — Der „Times“ wird weiter gemeldet, daß Banaberis Befangnahme oder gewaltsame Unterjochung immer unwahrscheinlicher werde. Bismarck wird wahrscheinlich einen Vergleich mit ihm schließen. Major Liebert kehrt nach einem Besuch der deutschen Küstenlinie im nächsten Monat nach Deutschland zurück. Die Regenzeit hat begonnen und die Witterung ist höchst ungesund. — Von Dr. E. Peters liegen keine Nachrichten vor.

### Parlamentarische Nachrichten.

Abgeordnetenhause. (Sitzung vom 17. März, 1890.) Nach Erledigung flehener Vorlagen wird die zweite Etatsberatung mit der Weiterberatung des Berg-, Hütten- und Salineneckts fortgesetzt. — Abg. Smula (Chr.) erwidert die Streifswaage der Bergarbeiter und wendet sich gegen Mitter's frühere Aufführung, daß wir Aufstand Concurrenz zu fürchten hätten. Die Hügellostigkeit der Jugend liegt nicht in der Freizügigkeit, auch nicht in der Coalitionsfreiheit, sondern in der Wählung der Schule von der Kirche. (Sehr richtig! im Centrum.) Darum stimmen Sie dem Windthorst'schen Schlußantrage zu. — Der Reichent erlärte hierauf dem Redner, daß ein Zurücktreten auf die Debatte über den Bergarbeiter-Ausstand, die geschlossen sei, nicht zulässig erscheine, worauf der Redner seine Erörterungen abbricht. — Regierung's-Commissar v. Bülow bemerkt, daß eine Subreduktion auf der staatlichen Friedrichshütte kurz vor Ausbruch des Streiks, wo bespandert worden ist, nicht festgefunden hat. — Abg. Dr. Arendt (Frl.): In Folge der Goldwährung haben wir an unserer Silbergewinnung 100 Millionen eingebüßt; an unseren Silberanstrichen und an unseren Silbermünzen haben wir seit Einführung der Goldwährung etwa eine Milliarde verloren. Hoffentlich läßt die Regierung die Sache nicht aus den Augen und sucht zur Doppelwährung zurückzuführen. — Abg. Drömel (Frl.): Wir sind heute von der Doppelwährung entfernter als je und Herr Arendt pflanzt noch am Ende seine Hoffnung auf. — Abg. Schütz (Frl.) beantwortet folgenden von ihm gestellten Antrag: Die Regierung aufzufordern, für die Sicherung der deutschen Kallagerstätten vor Wasser-gefahr nöthigenfalls auf geeigneterem Wege Sorge zu

tragen. — Abg. Drawe (Frl.) bittet die Worte „nöthigenfalls auf geeigneterem Wege“ zu streichen; im Uebrigen kann er den Antrag nur warm unterstützen. — Abg. Sombart beantwortet den Antrag im Interesse der Landwirtschaft; für leichte und Moorboden ist das Socini und das Kali von der allergrößten Bedeutung. — Abg. Ricker (Frl.) erwidert sich ganz im Sinne Drawe's aus. Eine gesetzliche Regelung vorzuziehen hätte doch nur dann einen Sinn, wenn wir für diese Gesetzgebung zugleich eine bestimmte Richtung angeben können. — Der Abgeord. Schütz (Frl.) wüßte nicht in der Streichung der Worte, worauf der Antrag mit großer Mehrheit angenommen wird. — Abgeord. Lehmann (Chr.) wünscht, daß man die Gehälter der Steiger aufzessere und diesen Leuten staatliche Beamten Qualitäten verleihe. — Abg. Mäem (Nl.) unterstützt die Forderung. — Abg. Dasbach (Chr.) stellt aus der Debatte über den Bergarbeiter-Ausstand einige Behauptungen der Abg. Graf Limburg und Berger richtig und hält seine in der damaligen Debatte gethanen Äußerungen aufrecht. — G. H. Dier-Bauroth v. Rönne: Es ist hier darauf hingewiesen, daß die vorerwähnte Forderung an einige wenige Großhändler verfaßt ist. Die Staatsverwaltungen haben ebenfalls einen Theil ihrer Förderung an Großhändlern verkauft. Der Großhändler erhält die Kohlen zum Tagespreise gegen Bewilligung eines Rabatts. Die Sache würde sich freyer für die Bergverwaltung stellen, wenn die eigene Verkaufsräume herstellen müßte. Der Rest des Berg-, Hütten- und Salineneckts wird genehmigt. — Damit ist die Tagesordnung erschöpft. — Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Cultus-Etat. — Schluß 3 Uhr.

— Im Anschluß an den Antrag der National-liberalen, Sartler und Gen. hat der Abg. Drömel in der Eisenbahntariffcommission den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ersuchen, das Freigezapf auf den Staatsbahnen abzuschaffen, gleichzeitig aber eine durchgreifende Ermäßigung der Sätze für Gepäckbeförderung auf Grundlage des Jönentaris vorzunehmen.

### Wahlnachlässe.

(Ungerechtfertigte Auflösung einer freisinnigen Versammlung. Zum 16. März war in Stroben (Wesphavelland) eine Wählerversammlung Mittags 1 Uhr politisch angemeldet und sehr zahlreich besucht. Dieselbe wurde durch den Vorsitzenden Herrn Erbmann (Katholik) eröffnet, welcher die Nothwendigkeit einer Radwahl an Stelle des Herrn Ricker bartige und sodann, nach Ausbringung eines Hochs auf Sr. Majestät den Kaiser, dem Abg. Drawe das Wort ertheilte. Als derselbe dieser Aufforderung folgen wollte, trat der in der Versammlung überwachende Gensdarm an den Tisch des Vorstandes und erklärte die Versammlung für aufgehoben, weil als Retner der Abg. Papendiek angemeldet sei, und nur diesem das Recht zuzustehen, in der Versammlung zu sprechen! Ein Widerspruch war vergeblich, da der Gensdarm erklärte, vom dem zuständigen Amtsvorsteher einen schriftlichen Auftrag erhalten zu haben, diese Versammlung aufzulösen, und er somit nur den Anordnungen seines Vorgesetzten nachkäme. Selbstverständlich verließen hierauf die Versammelten das Local und verblieben in den andern Gasträumen noch einige Zeit in geselliger Unterhaltung. Selbstverständlich werden die Maßnahmen getroffen werden, welche notwendig sind, um dem Herrn Amtsvorsteher begreiflich zu machen, daß es nach den Bestimmungen des § 1 des Gesetzes über Versammlungs- und Vereinigungsrecht vollständig gleichgültig ist, ob in einer angemeldeten Versammlung Herr Papendiek oder Herr Drawe spricht. Es wäre gut, vorzuschreiben, daß die Auflösungen von Versammlungen nur unter Anführung der gesetzlichen Bestimmungen rechtsgültig sein sollen.

(Das Lizenstrutinium ist bekanntlich mehrfach nach dem diesmaligen Wahlausfall in der Kartelpresse empfohlen worden. Das sozialistische „Berliner Volksblatt“ nimmt diese Empfehlung auf und berechnet, daß nach der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen die Sozialisten 81 Abgeordnete statt 35 erhalten müßten, die Nationalliberalen 63 statt 42. Die freisinnige Partei würde ebenfalls genau ihre Abgeordnetenzahl behalten. Eine Verminderung erfahren würde das Centrum und die konservativen Parteien.

### Provinz und Umgegend.

R. Sächsisch-Thüringische Actien-Gesellschaft für Braunföhlen Verwertung zu Halle a/S. Der soden erschiene Geschäftsbericht für 1889 läßt sich im großen Ganzen nicht ungünstig aus. An dem erzielten Betriebsergebnisse werden zunächst die statutenmäßigen Abschreibungen in ziemlicher Höhe bestritten, dann dem Reservefond entsprechende Beträge zugewiesen, während die Bilanz eine Dividende von 9% gegen 7 1/2% im Vorjahre und der Ausschichtstrich u. die im Etat vorgesehene Lantämern erhalten.

Dem Kreise Kalbe ist gestattet, den Zinssfuß derjenigen Anleihe, zu deren Aufnahme der Kreis durch Privilegium vom 16. Juni 1879 ermächtigt ist, von 4 auf 3 1/2 Proz. herabzusetzen.



en gros. **Otto Dobkowitz** en detail.

**Merseburg, Neumarkt 11.**

Engl. Tüllgardinen mit Bandeinfassung, das Meter 33, 38, 40, 45, 50, 60, 75, 90, 105 bis 180 Pf.

Doppelseitige Manila- u. Persia-Gardinen, das Mtr. 23, 25, 27, 30 Pf.

Gelegenheitskauf: 1 Partie <sup>130</sup>/<sub>130</sub> Manila-Tischdecken mit Schnur und Quasten, buntfarbig, 1,75 Mt.

**Neuheiten**

in Kleiderstoffen und Befäzen jeder Art; Regenmäntel, Jaquette, Visites, in den verschiedensten Façons, von den einfachsten bis zu den elegantesten Ausführungen.

**Herren-Tricot-Jaquettes, Knaben-Tricot-Anzüge, Mädchen-Tricot-Kleidchen, Möbelstoffe, Portièren, Gardinen, Tischdecken, Kinderwagen-Decken, Leinen- und Baumwoll-Waaren**

sind in großer Auswahl eingetroffen und bitte ich bei Bedarf um gütige Zuwendung.

Preise billig und fest. — Bei Baarzahlung 3 % Rabatt.

**Otto Franke,**

Merseburg, Burgstrasse 8.

**Germanische Fisch-Groß-Handlung.**

Prima lebendfrisch:  
Cablian Pfd. 30 Pf.  
Seedorf Pfd. 25 Pf.  
Zander Pfd. 70 Pf.  
Karpfen Pfd. 60 Pf.  
W. Krämer.

**Oscar Tietze's Zwiebel-Bonbons.**

Bestes Hausmittel gegen Husten und Verschleimung. **Kein Husten mehr!**  
Beutel a 20, 25, 40 u. 50 Pfg. überall zu haben.  
Wo noch nicht vertreten, ersuche unter sehr günstigen Conditionen aller Orten Verkaufsstellen. (Nr. 1413.)  
Oscar Tietze, Ramlan (Schles.)

**Blendend weißen Teint**

erhält man schnell und sicher, **Sommersprossen** verschwinden unbedingt durch den Gebrauch von **Bergmann's Zitronenmilchseife** allein fabricirt von Bergmann & Co. in Dresden. Verkauf a Stück 50 Pf. bei **Sofavorbereiter Marche.**

**Amerit. Petroleum,**

Parant. rein, in Flasern, Glasflasens, und überflüssige Kerzen bis zu 8 Str. Inhalt, empfiehlt billigt **F. W. Tänzer, Neumarkt.**

**Sophas**

v. 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Thlr. an, Lehru. u. Schlafstühle, Bettstühle mit Matratze v. 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Thlr. an.  
Die feinsten Milch-Möbel, Sopha v. 36 Thlr. an, in großer Auswahl stets vorräthig bei **Otto Bernhardt, Markt 26.**

**Reichskrone.**

Freitag den 21. März 1890, abends 8 Uhr, **VIII. und letztes Abonnements-Concert,** angeführt vom Trompetercorps des Thüring. Infanterie-Regiments Nr. 12 unter Leitung seines **Stabsstrompeters W. Stutzer.** Billets sind im Vorverkauf zu haben bei den Herren **Weyer, Weinbrenner, Meißner, Burgstraße, Geuer (in Fama Aug. Wiese), Burgstraße, und Matto, Hofmarkt.**

**Gerichtlicher Ausverkauf!**

Die zur **Marcus Abramowitz'schen Concursmasse** gehörigen **Baarenbestände**, bestehend aus **Leinen- und Baumwollwaaren, Kleiderstoffen, Flanelle, Wolltuch und Hosenzengen etc., sowie Herren- und Knabengarderobe,** sollen **von Donnerstag den 20. d. M. an** verkauft werden. Geöffnet: Vorm. 9—1 Uhr; Nachm. 3—6 Uhr.

**Der Concursverwalter.**



Von Sonnabend den 22. d. M. ab steht wieder ein Transport

**Altensburger**

hochtragende Kühe und Färsen bei mir zum Verkauf. **Otto Heilmann.**

**Ad. Schäfer, Merseburg,**

empfiehlt

**Bettfedern u. Daunen**

zu Mk. 2,—, 2,50, 2,75, 3,25, 3,75, 4,—, 4,50, 7,— p. Pfund.

**Bett- und Matratzendrelle, Federleinen, Bettbarchente, Daunen-Cöper, Satin**

sind in reicher Auswahl vorhanden.

**Complete Betten, sowie einzelne Bettinlette** können sogleich genäht und gefüllt werden.

**Verband deutscher Müllergesellen.**

Zahlstelle Merseburg.

Sonntag den 23. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, **große öffentliche Müllerversammlung im Saale der Kaiser Wilhelms-Halle zu Merseburg.**

Tagesordnung: 1) Herabsetzung der 18 stündigen Arbeitszeit auf 12 Stunden. 2) Abschaffung der Sonntagsarbeit. 3) Lohnfrage. 4) Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Collegen ist dringend notwendig.

**Der Einberufer.**

**Rollschuh-Club.**

Heute Abend Übungsstunde. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

**Sibold's Restauration.**

Heute Mittwoch Schlachtfest.

**J. Kämmer's Restauration.**

Morgen Donnerstag Schlachtfest.



Heute frische hausgebackene Würst! **Otto Zachow.**

**K. M. G. V. D. N.**

Mittwoch den 19. März, abends 8 Uhr, **Versammlung im Vereinslokal (Läden).**  
1) Wahl eines neuen Vereinslokals.  
2) Gelangabingung.  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erwünscht.

**Garten-Frau**

sofort gesucht in der Wänterei der **Villa Blanke.**

**Ein Gärtner**

findet bei mir Beschäftigung. **Gustav Zipp, Amtshäuser 8.**

**Laufbursche!**

Ein kräftiger Laufbursche wird für dauernde Beschäftigung gesucht. **Albert Bohrmann.**

Zum 1. April c. oder später wird ein ordentliches Dienstmädchen gesucht **Studenstraße 7 part.**

Eine Aufwartung wird zum 1. April c. gesucht **Burgstraße 15, 1 Et.**

**Ein Arbeitsbursche**

gesucht **Wagner & Witte, Halleische Straße 35.**

**Gesucht** wird eine ältere weibliche Person zur Führung eines kleinen Haushaltes. Das Nähere in der Exped. d. Bl. Zwei fleißige **Frauen** zur Gartenarbeit sofort gesucht **Clavigauer Str. 7.**

**Herzliche Bitte!**

Für eine würdige und behäufliche Commano bittet um Gaben der Liebe **Joh. Fieders, Pastor in Noth bei Meintzen.**

**Hierzu eine Beilage.**

Fürst Bismarck.

Nachdem die „Sdn Ztg.“ in ihrer Montag-Nummer bereits die Meldung gebracht hatte, der Rücktritt des Fürsten Bismarck von allen seinen Ämtern stünde in aller nächster Zeit bevor; schon am Montag habe sich das Staatsministerium mit der Thatfache seines Rücktritts beschäftigt.

Schreibt das „Berliner Tageblatt“ in seiner Morgennummer vom Dienstag:

Wie uns aus verlässlicher Quelle gemeldet wird, hat der Kaiser noch gestern das Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck genehmigt. Auch Staatsminister Graf Herbert Bismarck hatte gestern seine Demission eingereicht. Der Kaiser hat dieselbe jedoch abgelehnt.

Die S. Ztg. bemerkt zu diesen sensationellen Nachrichten: Kaiser Wilhelm wünscht der politischen Entwicklung neue Pfade anzuweisen; der Kanzler wollte die Reichslocomotive auf dem alten Geleisstrang weiter führen. Der Kaiser denkt an eine Umbildung der Parteien; der Kanzler meint, man könnte für eine Welle noch mit dem „alten Trüdel“ auskommen. Den Kaiser besetzt das brennende Verlangen nach neuen gesetzgeberischen Thaten; der Kanzler will den unbequemen Reichstag „in seinem eigenen Fette schmoren lassen.“ Der Kaiser will die Sozialdemokratie durch eine kräftige Sozialreform und — anscheinend — ohne Zwangsgesetzgebung mit geistigen Waffen und in positivem Schaffen bekämpfen und gewinnen; der Kanzler will das Sozialistengesetz nicht fallen lassen. Rächnet man hierzu noch die Meinungsoberherrlichkeit auf colonialpolitischem Gebiet und viele andere Differenzpunkte, die sich nur symptomatisch ankündigen, so wird man, namentlich in Anbetracht des sehr energiegelassen Temperaments unseres Kaisers, mit Nothwendigkeit zu der Ueberzeugung gelangen müssen: Hier stehen sich zwei Weltanschauungen, zwei Generationen gegenüber, zwischen denen ein Ausgleich nicht mehr möglich ist. Der Jüngere kann und wird gewiß des Älteren Meinung ehren, seiner Verdienste dankbar gedenken, seinen Rathgeber und obersten Creativbeamten jedoch wird er sich da suchen, wo seine eigene Anschauung gilt.

Die Zeit der Unruhe währt schon allzu lange; offenbar ist sie jetzt in ihr letztes Stadium getreten. Es wird ein erster, ein weltgeschichtliches Moment sein, wenn Fürst Bismarck, der gewaltigste Staatsmann des Jahrhunderts, aus seinen umfassenden Ämtern scheidet, und alle Faktoren des Reiches werden zu ihm, ihre Kräfte für die abdann folgende Uebergangszeit zu sammeln. Aber da der Moment des Scheidens sich nicht mehr hinauszuschieben scheint, da alles der Schlußentwicklung rapid entgegenbrängt, können wir nicht umhin zu wünschen, daß das Spiel mit der chronischen Kanzlerkrise nun auch einmal zu Ende geht. Das Scheiden aus der Macht bei Zeiten beweist hohe Einsicht und seltenes Maß von Selbstkenntniß; es erhöht den Ruhm des Scheidenden und es nützt dem Vaterlande. Das schlimmste Uebel ist ein Zustand behändiger Beunruhigungen, einiger Ungewißheit über das, was der kommende Tag bringen oder nehmen wird. Fürst Bismarck hat das eingestanden, als er im Reichstag sprach: „Eine Regierung darf nicht Schwanken; hat sie ihren Weg gewählt, so muß sie, ohne nach rechts oder links zu sehen, vorwärts gehen; kommt sie ins Schwanken, so wird sie schwach und darunter leidet das ganze Staatswesen.“

Volkswirtschaftliches.

Die Schweineperre gegen Dänemark hat, wie es sich jetzt immer mehr herausstellt, thatsächlich die vorausgesagte Wirkung gehabt, den Schweineexport von Schleswig-Holstein und von Hamburg nach Dänemark zu verlegen. Die nachträgliche Erlaubniß der Schweineinfuhr nach Kiel ist, wie die „Kiesler-Zeitung“ constatirt, zu spät gekommen, um an diesem Umschwung der Verhältnisse noch etwas zu ändern, da in Folge der Perre und der hohen Zollgebühren sich Dänemark von der Nothwendigkeit der Schweineausfuhr nach Schleswig-Holstein freigemacht und eigene große Exportschlachtereien etabliert hat. Auf diese Weise sind nicht nur die Hamburger Exportschlachtereien, soweit dieselben nicht nach Dänemark verlegt worden sind, schwer geschädigt, sondern auch Kiel hat in Rückwirkung davon empfindlichen Nachtheil erlitten, weil es nicht mehr die durch die Hamburger Exportschlachtereien entstehenden Abfälle als billige Nahrungsmittel erhalten kann. Eine wesentlich erhöhte Schweineinfuhr von Dänemark aus, die zu einer Ermäßigung der Fleischpreise führen könnte, ist nach den bisherigen Mittheilungen nicht zu erwarten.

Die Kieler Berichte ergeben, daß vom 24. Februar bis 8. März im Ganzen nur 817 Schweine in Kiel eingeführt worden sind, eine so unbedeutende Zahl, daß von derselben ein Einfluß auf die Fleischpreise überhaupt nicht zu erwarten ist. Der von der Schweineperre verursachte Schaden übermäßiger Fleischvertheuerung scheint also zunächst nicht mehr zu repariren zu sein.

Provinz und Umgegend.

S. Halle, 18. März. (Telgr.) Herr Professor Bramann, Berlin wurde gegen den Willen der hiesigen medizinischen Facultät zum Nachfolger v. Volkmanns ernannt.

R. Halle'sche Spar- und Vorschufsbank. In der am 15. d. M. gehaltenen Generalversammlung wurde die Bilanz pro alt. 1889 genehmigt und dem Vorstand wie Aufsichtsrath Entlastung ertheilt. Von dem Reingewinn erhalten die Aktionäre 8 1/2 Prozent, der Reservefonds wird verstärkt und die statutenmäßigen Contingenten werden abbezahlt. Der Aufsichtsrath wurde von 5 auf 7 Mitglieder gebracht und die Neuwahlen vorgenommen.

△ Aus der goldenen Aue, 17. März. „Der kleine Horn“ wie das deutsche Volk den Februar im Nachklang des deutschen Namens Hornung, den ihm Karl d. Große gegeben, nennt, dieser kleine Horn hatte auch hier an der Helme, wie dort an der Saale, sich als eisigen und härtesten Schneemann gezeigt und sogar den „Kenzmonat“ März vermocht, noch eine Zeit lang in sein „Horn“ zu blasen. Endlich aber ist die siegende Macht der Sonne Herr über die kalten, finsternen Mächte geworden, und ein neuer Frühling hat sich wonnenvoll auf unsere Thüren niedergelassen. Besonders neu ist dieser Frühling auch für die Bewohner des nahen weimarischen Städtchens Alstedt, welches nach langem Harren nun endlich seinen ersehnten Anschluß an das große Eisenbahnen der Erde erhalten. Mit allem Eifer werden jetzt nach dem thauenden Frost die Vorarbeiten zu der Stundbahn von Derröblingen-Alstedt in Angriff genommen. Wird dieselbe vollständig auch nur „Saebahn“, so dürfte eine Fortsetzung derselben nach Querfurt-Mühlern später nicht ausbleiben. — Auf der Kaufsee Artern: Bohnhof verunglückte kürzlich ein Aufseher des Gutes Vorleben, indem er beim Ausweichen von dem Handpferd niedrigergerissen und von dem Vorderade des mit 60 Utr. beladenen Wagens überfahren wurde. Es wurden ihm beide Hüften des einen Beines durchbrochen. Der Unglückliche fand sofortige Aufnahme im Krankenhaus zu Artern.

+ Beim Reinigen eines der Frauenaborte auf dem Halle'schen Bahnhofe wurde am Montag früh die Leiche eines neugeborenen Kindes männl. Geschlechts gefunden. Der kleine Körper war in alte Kleidungsstücke gehüllt. Er wurde zur Feststellung nach der königl. Klinik gebracht. Dem Befunde nach hat das Kind erst kurze Zeit in der Grube gelegen.

+ In Weisenfels tagte am Sonnabend eine Müllerversammlung, zu der aus weiter Umgebung die Müllergesellen erschienen waren. Herr G. Cluß, Halle legte Zweck und Ziele des Deutschen Müllergesellen-Verbandes dar, wonach in Weisenfels eine Filiale bezw. Zirkel des Vereins begründet wurde. Die Anwesenden traten dem Verbands bei.

+ Die Unfälle, bei den Räharbeiten in Aabeln in den Mund zu nehmen, hat auch in Hoderdorf im Braunschweigischen ein Opfer gefordert. Die 17jährige Stieftochter des Fabrikarbeiters Sühoff, Emilie Karl, hat dieser Tage eine Wollnadel (Tapissiernadel), wie solche zum Ausnähen von Wollkleidereien verwandt wird, verschluckt und ist in der folgenden Nacht unter unglücklichen Schmerzen gestorben. Dasselbe Mädchen hatte vor längerer Zeit schon einmal eine Nähnadel verschluckt, die von dem Körper jedoch, ohne böse Folgen zu hinterlassen, wieder ausgehoben worden ist.

+ Die angeblich in Wallendorf in Thüringen in einer Heringstonne gefundene Kindesleiche hat sich glücklicherweise als „Ente“ entpuppt. An der ganzen Geschichte ist kein wahr's Wort. Nach dem Urheber derselben wird gerichtlicherseits geforscht. + Der Aushau auf den Braunkohlengruben bei Diefleben bezw. Hötenleben ist, nachdem kleine Vohnerhöfungen bewilligt wurden, überall als besitzig anzusehen. Etwa 100 meist polnische Arbeiter wurden entlassen. Gegen etwaige Unruhen sind Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Localnachricht n.

Merseburg, den 19. März 1890.

\*\* Wir machen die Kunstfreunde unserer Stadt auch an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß das heutige Concert des Gesangvereins bereits abends 6 Uhr im „Tivol“ beginnt.

\*\* Im Preussischen Beamten-Zweigverein hier selbst hielt am Montag Abend Herr Regierungsrath Rudolph vor dicht gefülltem Hause einen ebenso instructiven als interessanten zweistündigen Vortrag über Kultur-Verhältnisse in Ostasien. Redner entwarf nicht nur ein Bild der jetzigen Kultur im chinesischen Reich, sondern ging auch an der Hand der Geschichte und Literatur Chinas zurück bis in fernere Jahrhunderte vor Christi Geburt, um seinen Zuhörern die Entwicklungsphasen dieses Riesereichs in lebendiger Darstellung vorzuführen. Ganz besonders vortrefflich traten hierbei die Schilderungen des Selbsterlebten und Gesehenen hervor, welche noch durch eine Anzahl großer Photographien unterstützt wurden. Der Herr Vortragende schloß für diesmal mit der Erklärung der politischen Eintheilung Chinas und stellte für nächsten Winter weitere Mittheilungen über das „himmlische Reich“ in Aussicht. Nachdem der Vorsitzende dem Dank der Versammlung für das Gehörte Worte verliehen, begann der musikalische Theil des Abends, der sich aus vorzüglichen Chor- und Sologefängen und mehreren Vorträgen eines gut gespielten Streichquartetts zusammensetzte. Gegen 11 Uhr erreichte dieser schöne Vereinsabend sein Ende.

\*\* Ueber eine Arbeits-einstellung der hiesigen Müllergesellen schreibt man uns: Wegen ganz eigenartigen Drucks, den ein Mühlenbesitzer von Merseburg auf seine Gesellen ausübte, sahen sich dieselben veranlaßt, den 12tägigen Arbeitstag zu fordern. Da von Seiten des Mühlenbesitzers die Annahme der Forderung verweigert wurde, beschloßen sämtliche Gesellen von Merseburg, die Arbeit einzustellen.

\*\* Schon oft haben sogen. „Späße“ recht üble Folgen gehabt, selten aber dürfte der Ausgang eines solchen ein so trauriger sein, wie dies am Montag Abend auf hiesigem Neumarkt geschah. Im Gehhof „zur Stadt Leipzig“ führt der Weg nach dem Quartier der Husaren durch einen völlig dunkeln Gang im Hintergebäude. In diesem stand gegen 9 Uhr der Husar Wolf mit einem Hund Heu, das er in den Stall tragen wollte. Als er die Schritte seines heimkehrenden Kameraden Schulz vernahm, kam ihm plötzlich der Gedanke, sich mit diesem einen Scherz zu machen. Er ließ Schulz ruhig an sich herankommen und faßte denselben am Halbe mit dem Rufe: Wer bist Du! Der Angegriffene mag nicht wenig überrascht gewesen sein, zumal ihm die Dunkelheit nicht erlaubte, seinen Gegner zu erkennen und so ist es denn erklärlich, daß derselbe in der Meinung, ernstlich bedroht zu sein, das Messer zog und dasselbe bis an's Hest in den Rücken seines Angreifers bohrte. Mit einem Schmerzensrufe Wolfs erreichte der „Spaß“ sein Ende. Der schwer Verwundete wurde sofort nach dem Garnisonlazareth und Schulz nach Feststellung des Thatbestandes nach dem Arrestlocal gebracht. Von ihren Kameraden werden die Beiden lebhaft bebauert.

Außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, den 17. März 1890. Der Vorsitzende, Stadtv. Prof. Witte, eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung eines Schreibens des Stadtv. Bethmann, worin derselbe seine Verlegung von hier und die Niederlegung seines Stadtverordnetenmandats anzeigt. Für denselben wird eine Ersatzwahl stattfinden. — Die Tagesordnung wird hierauf in folgender Reihenfolge erledigt:

1) Stadtv. Schwengler legt der Versammlung wiederholt den mit dem Abgeordneten abzuschlüssenden Vertrag wegen Uebernahme fiskalischer Straßen hiesiger Stadttheile der Stadtgemeinde Merseburg vor, verliest denselben, ebenso den Bundesratsbeschuß betr. die Anlage von Telegraphenleitungen etc., dem sich die Stadtgemeinde zu unterwerfen hat und stellt seinen schon in voriger Sitzung eingebrachten Antrag auf Genehmigung der Magistratsvorlage. In der sich anschließenden Discussion beklagt der Stadtv. Wölkel die Vorlage deshalb, weil in derselben nicht klar ausgesprochen wird, daß mit der Unterhaltungsspflicht auch das Eigenthumsrecht an diesen Straßen auf die Stadt übergeht. Auf diese Weise sei es möglich, daß der Fiskus bei etwa notwendigen werdenden Änderungen in solchen Straßen noch nach Jahrzehnten sein Eigenthumsrecht geltend mache. — Referent Stadtv. Schwengler theilt diese Bedenken nicht, ebenso Bürgermeister Reinefarth, der voll und ganz für die Vorlage eintritt, die vom Magistrat einstimmig angenommen worden sei. Letzterer habe von der Entrichtung des Eigenthumsrechts lebhaft der entgegenstehenden Kosten wegen Abstand genommen, auch sei derselbe überzeugt, daß niemals Jemand auf den Vertrag zurückkommen werde. — Stadtv. Wölkel erklärt, ebenfalls ein Freund des Vertrages zu sein;



# Merseburger Correspondent.

Geschäft:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Expedition: Delgrabe Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pfg. durch den Gerumträger. — 1 Mark  
20 Pfg. durch die Post.

No. 56.

Mittwoch den 19. März.

1890.

## \*\* Bismarck und Windthorst.

Wenn Fürst Bismarck und Dr. Windthorst, wie erzählt und fast allgemein geglaubt wird, in letzter Woche Besprechungen miteinander gehabt haben, so ist das nicht so sehr verwunderlich. Beide sind außerordentlich gewandte politische Geschäftleute, beide sind weit entfernt davon, sich auf politische Grundzüge zu verweisen. Fürst Bismarck hat eine Zeit lang „liberal“ regiert, als er dies zur Erzielung seiner Endzwecke für erforderlich hielt, und er hat noch lieber „konservativ“ regiert, und am liebsten regiert er wohl immer autoritär. Er ist Freihändler und Schutzzöllner gewesen, er hat gesagt: „nach Kanossa gehen wir nicht“ und ist dann doch nach Kanossa gegangen und hat den Papst zum internationalen Schiedsrichter gemacht, was seit 300 Jahren selbst keinem katholischen Staate eingefallen war u. s. w. Und wenn man Dr. Windthorst hört, so ist das Centrum eigentlich die alleinliberale und die allein richtig konservative Partei, und das es dabei auch die rechte Partei der Mitte ist, besagt schon sein Name. Beide Staatsmänner zählen, um einen Hauptzweck zu erreichen, auch hohe Preise, wenn dies durchaus erforderlich ist; am liebsten aber zahlen sie beide möglichst wenig und nehmen möglichst viel. Sie suchen die, mit denen sie unterhandeln, mit schönen Hoffnungen abzuspeisen und selber die reellen Vorteile einzufahren. Jeder von ihnen möchte am liebsten aufsteigen sein. Welch ein weites Feld öffnet sich da zu interessanten Verhandlungen. Wenn die Freisinnigen selbst die Stärke erreicht hätten, welche das Centrum heute inne hat, so würde es für den Herrn Reichskanzler gar keinen Zweck haben, mit ihren Führern Handelsgeschäfte anzuknüpfen. Denn die Freisinnigen lassen sich auf keine Geschäfte nicht ein, sie fassen ihre Befehle nach politischen Grundzügen. Was diesen ihren Grundzügen entspricht, was sie daher als dem Lande heilsam erachten, dem stimmen sie zu und befehlen dafür keinerlei Gegengeschenke. Und sie würden z. B. einer Beschränkung der Rechte des Volkes, wie sie in der Verlängerung der Legislaturperiode liegt, einer Vorlage wie dem neuen Branntweinsteuergesetz mit der 40 Millionen Liebesgabe für die Brauereibrenner oder einer Verstruung der notwendigen Lebensbedürfnisse der großen Masse des Volkes nicht zustimmen, auch wenn ihnen die Erfüllung anderer ihrer Wünsche oder gar Oberpräsidentenposten angeboten würden. Das weiß der Herr Reichskanzler sehr genau, was hätte er da Veranlassung mit Führern der Partei, die so wenig diplomatische Fähigkeiten hat, zu conferiren! Das für die Partei, der seine Offiziere hundert Mal alles „Rationale“ abgesprachen haben, in wirklich nationalen Fragen niemals im Stiche lassen würde, davon ist er gewiss fest überzeugt.

Die Bedeutung der Conferenzen, wenn solche wirklich stattgefunden haben, wird sicher sehr überschätzt. Nur nicht gaulisch machen lassen! Fürst Bismarck sowohl wie Dr. Windthorst sind heute doch nicht so unumschränkte Herrscher über die Staatsgewalt und über eine Weidreit im Reichstage, wie man es sich vielfach vorzustellen scheint. Beide haben nach verschiedenen Seiten hin große Rücksicht zu nehmen, und keiner der beiden allein Gegner wird sich dem andern gegenüber die Hände binden, um so weniger, da jeder von ihnen des anderen Schwäche kennt. Man wird sich fünftig gegenseitig vielleicht äußerlich etwas freundlicher behandeln als bisher, man wird sich gegenfeitig kleine Freundschaften erweisen, der Führer des Centrums wird vielleicht manches schöne Wort sagen, um sich der Regierung angenehm zu machen, aber zu festen Abmachungen wird es schwerlich kommen. Die Nationalliberalen werden freilich die schwärzesten liberal-konservativen Schreckensbilder an die Wand, nachdem sie Sticker und einer Anzahl anderer orthodoxen Konservativen durch ihre Stimmen öftermals zu einem Sitz im Reichstage verholfen haben. Die „Köln. Ztg.“ droht



Am Dienstag Nachmittag werden die Delegirten der Konferenz von Kaiser empfangen. An den Empfang schließt sich eine Prunkfeier. Die Konferenzmitglieder sollen auch zu den bevorstehenden größeren Hoffesten hinzugezogen werden. Für Sonnabend Abend hatte der Handelsminister von Verleypch sämtliche Mitglieder der Konferenz zwecks persönlicher Näherung zu einer geselligen Vereinigung im Hotel de Rome eingeladen.

Das neue ungarische Cabinet hat sich am Montag dem Parlament vorgestellt. Ministerpräsident Graf Szapary entwickelte das Programm der Regierung, welche fest auf dem Ausgleichsprogramm von 1867 beharrt; sie halte fest an der seit dem Jahre 1878 befolgten äußeren Politik und an der Trippelallianz, was nicht allein im Interesse Oesterreich-Ungarns, sondern auch aller theilhabenden Mächte liege, sie erstrebe die Entwicklung des hergekommenen Gleichgewichts, eine rationelle volkswirtschaftliche Politik, die Einführung staatlicher Administration und die Aufrechterhaltung des geselligen Verhältnisses mit Kroatien. Ministerpräsident Graf Szapary erklärte, das Anlohnengesetz zu mobilisieren, sei durch die veränderten Verhältnisse notwendig, er betone die strenge Verbeibaltung der liberalen Politik, geknüpft auf die gegenwärtige Majorität. — Nach Berichten des Lemberger Hilfsausschusses für den Nothstand der galizischen Landbevölkerung sind, wie man der „Voss. Ztg.“ schreibt, zahlreiche Gemeinden verschiedener Bezirke dem Hunger vollständig preisgegeben. Die größte Noth herrscht auffälligerweise in den Gegenden, wo sich die Commisquäter polnischer Magnaten befinden. Im Bezirk Buczag sind mehr als 10 000 Menschen nothleidend. In einigen Gemeinden ist seit längerer Zeit kein Brot vorhanden; das einzige Nahrungsmittel bilden Kartoffeln.

Das neue französische Cabinet ist nach einer Wolkfischen Meldung vom Montag bereits gebildet und zwar in folgender Besetzung: Freycinet Präsidium und Krieg, Constans Inneres, Fallières Justiz, Ribot Auswärtiges, Rouvier Finanzen, Barbey Marine, Bourgeois Unterrecht, Develle Ackerbau, Jules Roche Handel und Guyot öffentliche Arbeiten. — Diese Besetzung ist bereits durch offizielle Meldungen bestätigt worden. Freycinet, Constans, Bourgeois und Fallières, die Hauptstützen des Cabinets, hielten am Montag Vormittag im Ministerium des Auswärtigen eine Conferenz behufs Verständigung über die Anwendung des Schulgesetzes und des französisch-türkischen

Handelsvertrages von 1802. Dieser Vertrag wird aufrecht erhalten werden; bezüglich der 1892 abgelaufenen Handelsverträge soll der Kammer Freiheit der Action vorbehalten werden. — Das Journal des Debats“ ist mit der Berufung Freycinet's zur Cabinetbildung sehr unzufrieden, weil dessen Programm lediglich in Nachgiebigkeit gegen die Radikalen bestehen würde und spricht von „bevorstehenden Katastrophen“. — Die Erklärung der Regierung, welche am Dienstag in der Kammer verlesen wird, soll ausführen: Was die Schulgesetz betrifft, so werde das Cabinet erklären, das dieselben als solche befolgt, aber progressiv angewendet würden, ohne die religiösen Gefühle der Bevölkerung zu verletzen. Das von Rouvier eingebrachte Budget würde in seiner Gesamtheit aufrecht erhalten werden, namentlich was die Consolidirung der Obligationen mit 6 jähriger Umlaufzeit, die Zuschlagsteuer zu Alkohol und die Wiedereinführung des außerordentlichen Budgets in das ordentliche Budget betrafte. Bezüglich des französisch-türkischen Vertrages von 1802 wird die Erklärung, ohne zu verlangen, das das Parlament auf die neuerliche Abkündigung zurückkomme, dahin gehen, das das Cabinet sich verpflichte, dem Lande die Freiheit seiner Action für 1892 zu bewahren. Schließlich wird das neue Cabinet, indem es das letzte Militärgesetz in vollem Umfange aufrecht erhält, ein Mittel der Anwendung suchen, welches die höheren Studien und den Beruf der Gelehrten nicht unterbricht und den Subsidien gewisser Fächer die Möglichkeit giebt, den Militärdienst mit 18 Jahren zu beginnen.

Einem am Montag aus Mozambique nach London gelangten Gerichte zufolge hätte der Stellvertreter des britischen Consuls in Mosambique, Buchanan, am Schiffe die englische Flagge gehißt, und zu Ehren desselben darauf den üblichen Salut abgeben lassen. — Aus Liverpool, 17. März, wird berichtet: Die heutige große Versammlung der freien Arbeiter verließ außerordentlich stürmisch. Den Arbeitern rief man zu: „Niemand soll arbeiten, während andere Hunger leiden!“ Ein vorüberfahrender Getreidewagen wurde gekümt, und das Getreide auf der Straße zerstreut. Der Aufscher des Wagens erhielt im Handgemenge einen Messerstich. Mehrere andere Personen wurden durch Fußtritte schwer verletzt, die Polizisten bei ihrem Eintreffen mit Steinen geworfen. Derselben Behörden schließlich die Menge. Die städtischen Behörden hielten unter dem Vorsitz des Bürgermeisters eine Sitzung, in welcher die Situation beraten und die Verlegung von 500 Soldaten von Reskon hierher beantragt wurde.

Prinz Ferdinand von Bulgarien und seine Mutter, die Prinzessin Clementine, sind Sonntag mit zahlreichem Gefolge nach Philippopol abgereist. Der Antritt dieser schon seit längerer Zeit geplanten Reise läßt vermuten, das die Paniga-Verchwörung keinerlei Anlaß mehr zu Beunruhigungen der bulgarischen Regierung bildet.

Auf Kreta erfährt der Gouverneur Schakir Pascha mit anerkanntem Eifer seine Aufgabe und sucht in einer der Gewalt abgeneigten Weise die Eintracht unter der Bevölkerung wiederherzustellen. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus“ soll er große Anstrengungen machen, die Christen Kretas zu bewegen, eine Bittschrift einzufenden, in welcher sie die Gnade des Sultans erbitten sollten. Ob Schakir Pascha mit seinen humanen Bestrebungen einen dauernden Erfolg erzielen wird, ist freilich eine andere Frage.

König Menelik hat, wie „Capitan Fracassa“ meldet, die italienische Regierung ersucht, Abbestimmen auf dem Briggler Anticlaverei-Congress durch einen eigenen Delegirten vertreten zu lassen. Menelik will damit seine erste Absicht beibehalten, dem den Sklavenshandel verbietenden italienisch-äthiopischen Vertrage nachzukommen.

Zur Lage in Dahomey theilt das Pariser „Memorial diplomatique“ mit, der französische Bots